

OA-Update/03, 17.11.2022

Russland



Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus der Stadt Cherson im Süden der Ukraine reagierte Russland am Dienstag mit massiven Raketenangriffen auf die Ukraine. Russland hat in den vergangenen Wochen durch Luftangriffe etwa 40 Prozent der ukrainischen Energieinfrastruktur zerstört,

was das Land vor dem Wintereinbruch vor große Herausforderungen stellt. Große Besorgnis rief zudem der Raketeneinschlag in Polen hervor, bei dem zwei Menschen getötet wurden.

In Russland werden Stimmen aus der Wirtschaft laut, die den durch Sanktionen erzwungenen Strukturwandel der russischen Wirtschaft problematisieren. Sowohl Zentralbank-Chefin Elvira Nabiullina als auch Sberbank-Chef Herman Gref warnen davor, die Komplexität der Aufgabe zu unterschätzen. Der Prozess werde Jahre dauern. Der Rückzug der ausländischen Unternehmen werde zudem dem Wettbewerb in Russland schaden und langfristig negative Folgen für die Innovationskraft der russischen Wirtschaft haben.

Neben steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, einer hohen Inflation und offenen Fragen bei der Auslegung europäischer Sanktionen kommt für in Russland tätige deutsche Unternehmen die Sorge um neue russische Gegenmaßnahmen hinzu. Aktuell sorgt eine Liste für Unruhe, in der 74 Unternehmen aus „unfreundlichen“ Ländern – darunter 21 deutsche – aufgeführt werden, mit denen Geschäfte und Transaktionen untersagt werden.

Hier die Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Am 5. November 2022 wurde die **Verordnung Nr. 1997** erlassen, in der die russische Regierung die Zusammenarbeit mit 74 ausländischen Unternehmen aus „unfreundlichen“ Staaten verbietet. Es werden Geschäfte und Transaktionen mit den aufgeführten Unternehmen, die im Bereich der militärisch-industriellen Zusammenarbeit tätig sind, untersagt. Den sanktionierten Unternehmen dürfen auch keine in Russland hergestellten Produkte oder Rohstoffe geliefert werden. Eine Zusammenarbeit mit ihnen ist nur mit einer Sondergenehmigung der russischen Regierung möglich.

Neben 21 Unternehmen aus Deutschland führt die Liste Firmen aus den EU-Ländern Bulgarien, Estland, Litauen, Polen, Slowakei und Tschechien auf, sowie Unternehmen aus den USA, Großbritannien, Kanada und Montenegro. Eine Auflistung der 21 deutschen Firmen finden Sie [hier](#). Die Verordnung in russischer Sprache kann [hier](#) abgerufen werden.

Laut einer Studie des Moskauer „Zentrums für strategische Forschungen“ hat der **Rückzug aus Russland** ausländische Unternehmen bislang bis zu 240 Milliarden US-Dollar gekostet. Die Studie untersuchte insgesamt 5.000 ausländische Firmen, die vor dem 24. Februar 2022 in Russland aktiv waren. Demnach schränkten 34 Prozent der untersuchten Unternehmen mit Stand Anfang September ihre Geschäftstätigkeit in Russland ein. 15 Prozent verkauften ihr lokales Geschäft und weitere 7 Prozent schrieben es ab. Die Unternehmen mussten ihr Geschäft im Schnitt 70 Prozent unter dem Marktwert verkaufen. Den Link zur Studie finden Sie [hier](#).

Der Strukturwandel der russischen Wirtschaft wird nach Einschätzung der Zentralbank-Chefin Elwira **Nabiullina** mehrere Jahre dauern und sich sehr komplex gestalten. Nach ihrer Aussage sollten dabei die Auswirkungen der Sanktionen auf die russische und die globale Wirtschaft nicht unterschätzt werden. Der Präsident der russischen Sberbank Herman **Gref** äußerte sich im Rahmen eines Wirtschaftsforums in Moskau ähnlich kritisch. Seiner Einschätzung nach werde der Rückzug ausländischer Unternehmen aus Russland „langfristig negative Folgen“ für die Wirtschaft haben. Er werde den Wettbewerb im Lande stark beeinträchtigen: „Wir reden hier über Innovation, das wichtigste Mittel zur Entwicklung von Innovation ist ein sehr harter Wettbewerb. Wo es keinen Wettbewerb gibt, gibt es auch keine Innovation.“

Bei einem internen Ost-Ausschuss-Austausch mit dem **russischen Ökonomen Andrej Jakowlew**, der derzeit Visiting Scholar am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin ist, beschrieb dieser die aktuelle Stimmungslage unter russischen Unternehmern als sehr kritisch. Auch die im September beschlossene Teilmobilisierung habe vielen Unternehmen die Realität vor Augen geführt. Nach offiziellen russischen Angaben sind unter den Eingezogenen 27.000 Unternehmer. Nachdem viele russische Unternehmen im Sommer noch hofften, dass sich die Lage stabilisieren würde, sei man inzwischen sehr skeptisch, was die Möglichkeiten der Importsubstitution und des Übergangs zu anderen Technologien anbelangt. Die Erkenntnis, dass es vorerst keine Normalisierung der

Situation geben werde, sei eigentlich erst jetzt auch beim Mittelstand angekommen. Inzwischen würden sich die Vorratslager der Unternehmen leeren; die Substituierung von Ausrüstungen und Komponenten durch den Import aus nicht sanktionierenden Ländern ginge dagegen nur schleppend bis gar nicht voran. Insgesamt wirken zwar die westlichen Sanktionen nicht in dem Maße, wie sich das der Westen kurzfristig erhofft habe, langfristig aber werde das Defizit an modernen westlichen Technologien starke Auswirkungen haben. Auch China leiste nach Einschätzung von Andrej Jakowlew nicht die erwartete Unterstützung für Russland. Rohstoffe kaufe China zwar günstig ein, man gebe aber kaum Technologieunterstützung. Für China sei der amerikanische und der europäische Markt wesentlich bedeutender als der russische.

Nach einer vom **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** durchgeführten Umfrage zu den wirtschaftlichen Folgen der Sanktionen beläuft sich der ungefähre Verlust allein der 66 befragten Unternehmen auf deutlich mehr als zwei Milliarden Euro. Jeweils deutlich über 80 Prozent der befragten Unternehmen sind nach eigener Aussage von den Sanktionen betroffen und haben durch sie wirtschaftlichen Schaden erlitten. Das gilt vor allem für Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe, ein gutes Viertel kommt aus dem Bereich Maschinen- und Anlagenbau. Knapp ein Fünftel hat eine eigene Produktion vor Ort. Über die Hälfte der Unternehmen haben bisher zwischen zehn Millionen und einer Milliarde Umsatz in der Russischen Föderation erwirtschaftet.

Nahezu alle Unternehmen sind sowohl von den durch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten und anderen Ländern verhängten Sanktionen als auch von den Sanktionen, die durch die Russische Föderation erlassen wurden, betroffen. Am härtesten treffen die Unternehmen mit mehr als 50 Prozent die europäischen Finanzsanktionen, die sich gegen russische Banken und den Zahlungsverkehr nach und aus Russland richten. Zwei Drittel der Befragten beklagen zusätzlich das Phänomen der „Overcompliance“.

Die Ergebnisse der Umfrage werden in der nächsten Sitzung des Länderarbeitskreises Russland am 29. November ausführlich vorgestellt.

Konjunktur

Die russische Wirtschaft scheint die erste Schockwelle der massiven Wirtschaftssanktionen besser überstanden zu haben, als vielfach prognostiziert. Im zweiten Quartal 2022 schrumpfte die russische Wirtschaft offiziell um vier Prozent. Während der **Internationale Währungsfonds (IWF)** im Juli noch einen Einbruch des BIP um sechs Prozent für 2022 prognostiziert hat, hat er seine Prognose für Russlands Wirtschaft inzwischen auf einen Rückgang um 3,4 Prozent für das laufende Jahr angehoben. Für das Jahr 2023 prognostiziert der IWF einen Rückgang von 2,3 Prozent. Die Inflationsrate in Russland dürfte laut dem IWF 2022 bei 13,8 Prozent liegen und 2023 auf fünf Prozent sinken. Das russische Wirtschaftsministerium ist insgesamt noch optimistischer: Es erwartet einen BIP-Rückgang um 2,9 Prozent in diesem und einen Rückgang um 0,8 Prozent im nächsten Jahr. Allerdings dürften die Auswirkungen der bereits beschlossenen EU-Sanktionen langfristig zunehmend zu spüren sein. Vor allem die Technologiesanktionen werden sich in den kommenden Monaten in vielen Wirtschaftsbereichen deutlicher bemerkbar machen.

Russlands Währungsreserven hatten Mitte Februar 2022 mit 643,2 Milliarden US-Dollar einen historischen Höchststand erreicht. Inzwischen sind diese nach offiziellen Angaben auf 540,69 Milliarden US-Dollar gesunken (Stand 1. Oktober).

Nach einer gemeinsamen **Analyse** der Brüsseler Denkfabrik Bruegel und des Washingtoner Institute of International Finance (IIF) zu den **Auswirkungen der Sanktionen auf Russland** haben zum jetzigen Stand die westlichen Sanktionen keinen signifikanten Rückgang bei den russischen Haushaltseinnahmen bewirkt. Die Autoren prognostizieren aufgrund der hohen Exporteinnahmen Russlands im Jahr 2022 einen Zahlungsbilanzüberschuss von bis zu 240 Milliarden US-Dollar, was doppelt so viel wie im bisherigen Rekordjahr 2021 wäre. Russland habe mit seiner defensiven Strategie trotz des Einfrierens seiner Zentralbankreserven in Höhe von 300 Milliarden Dollar bisher für makroökonomische und finanzielle Stabilität sorgen können. Die Analyse finden Sie [hier](#).

Die **deutschen Exporte** nach Russland sind im September 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat um 50,6 Prozent auf 1,1 Milliarden Euro gesunken. Damit lag Russland im September 2022 auf Rang 12 der wichtigsten Zielländer für deutsche Exporte außerhalb der EU. Vor dem Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hatte Russland noch Rang 5 belegt. Bereits seit Februar befinden sich die deutschen Exporte nach Russland im Sinkflug. In den ersten neun Monaten 2022 gingen sie um 41 Prozent zurück. Sanktionen, Logistik- und Finanzierungsprobleme und der Rückzug immer mehr deutscher Unternehmen hinterlassen seit Ausbruch des Krieges deutliche Spuren im Handel. Die deutschen Einfuhren aus Russland gingen im September gegenüber dem Vorjahr um 37 Prozent zurück. Wichtige Gründe dafür sind die Einstellung von Gaslieferungen durch Russland über die Pipeline Nord Stream 1 und die wachsende Unabhängigkeit von russischen Rohölimporten. Der russische Handel mit China dagegen hat stark zugelegt. **Russland und China** haben bis September 2022 mit Waren im Wert von 153,9 Milliarden US-Dollar 33 Prozent mehr ausgetauscht als noch im Vorjahreszeitraum und mehr als im gesamten Jahr 2021 (147,2 Milliarden Dollar).

Russlands **Gasexport** ist im Jahr 2022 deutlich gesunken. Nach Angaben von Gazprom hat Russland von Jahresbeginn bis zum 15. Oktober 89 Milliarden Kubikmeter Erdgas exportiert. Das waren 41 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Erdgasproduktion sank dabei um 18 Prozent auf 327 Milliarden Kubikmeter. Die EU wiederum hat laut EU-Kommission in diesem Jahr in den ersten drei Quartalen 15 Milliarden Kubikmeter Flüssigerdgas (LNG) aus Russland bezogen, im Vorjahreszeitraum waren es nur zehn Milliarden Kubikmeter. Insgesamt hat sich der LNG-Import der EU von 53 Milliarden Kubikmeter auf 88 Milliarden Kubikmeter erhöht. Russlands Anteil daran fiel aufgrund dieser Erhöhung von 20 Prozent auf 17 Prozent.

Die EU-Kommission hat die **Übernahme von Gazprom Germania**, einer deutschen Tochter des russischen Energiekonzerns Gazprom, durch den Bund gebilligt. Sie stimmte Beihilfemaßnahmen für Gazprom Germania von 225,6 Millionen Euro zu. Damit kann die Bundesregierung die Firma, die inzwischen Securing Energy for Europe (Sefe) heißt und seit April 2022 unter Treuhänderschaft der Bundesnetzagentur steht, komplett übernehmen. Grund für die Verstaatlichung ist laut Bundeswirtschaftsministerium eine

drohende Insolvenz des Unternehmens, die die Versorgungssicherheit Deutschlands gefährde.

Russlands Automarkt ist im Jahr 2022 eingebrochen. Nach Angaben der Association of European Business (AEB) sind die Autoverkäufe in den ersten neun Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 59,8 Prozent eingebrochen. Während der russische Pkw-Bauer Avtovaz im September mit 20 Prozent Zuwachs Marktführer blieb, schnitt Volkswagen im selben Zeitraum beim Pkw-Verkauf mit minus 90 Prozent zum Vorjahresmonat unter den deutschen Marken noch am besten ab.

Veranstaltungsnachlese

Am **4. November 2022** fand die **7. Ausgabe der Ost-Ausschuss-Reihe „Business for Business – Austausch zur aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland“** statt, die vor allem dem Erfahrungsaustausch und dem praktischen Umgang mit der aktuellen Situation diente. Die Kanzlei GvW Graf von Westphalen nahm ausführlich zu aktuellen Sanktionsfragen wie Altvertragsregelungen und dem Dienstleistungs- und Beratungsverbot Stellung. Die Deutsche Bank gab einen Überblick die aktuelle Situation im Finanzsektor und das Unternehmen CAMEX GmbH informierte über aktuelle Herausforderungen vor allem beim Thema Transportrouten. Die Teilnahme von über 100 Unternehmensvertretern zeigte einmal mehr, dass aktuell ein großer Informationsbedarf vorliegt und beim Thema Sanktionen und Gegenmaßnahmen viele Unklarheiten bestehen.

Am **20. Oktober 2022** organisierte das **Ost West Wirtschaftsforum Bayern (OWWF) gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft in München die Konferenz „Neue Brücken bauen in schwierigen Zeiten – Chancenraum Osteuropa“**. Im Mittelpunkt standen die Themen Lieferketten, Logistik, Rohstoffe, neue Partner, Energiekrise und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in stürmischen Zeiten. Um die deutsche und die europäische Wirtschaft erfolgreich in die Zukunft zu führen, sind die Fokussierung auf Kreislaufwirtschaft, die konsequente Umsetzung der grünen Transformation, Digitalisierung und Bürokratieabbau unbedingt erforderlich – so der Tenor der Veranstaltung. Die Länder Osteuropas und Zentralasiens müssen dabei eine besondere Rolle spielen, denn das Potential für eine erfolgreiche Kooperation haben sie.

Am **14. Oktober** fand in Berlin das **5. German – East European & CIS Health Forum** statt, organisiert vom Ost-Ausschuss gemeinsam mit der GHA – German Health Alliance, und behandelte zwei zentrale Fragen: „Wie funktioniert das ukrainische Gesundheitssystem unter Kriegsbedingungen und wie lässt sich die Hilfe für den Wiederaufbau effizient organisieren?“ Gesundheitsstaatssekretär Thomas Steffen versprach in seiner Keynote der Ukraine die tatkräftige Unterstützung der Bundesregierung in enger Abstimmung mit deutschen Unternehmen und Hilfsorganisationen. Deutschland engagiere sich hier auch mit dem Vorsitz der G7-Länder, um internationale Hilfe für die Ukraine zu organisieren, so lange sie diese brauche. Der stellvertretende ukrainische Gesundheitsminister Oleksii Iaremenko beschrieb den rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Situation vor Ort, aber auch die langfristigen Wiederaufbaupläne der Regierung. Vor allem die Bezirke Kyiv, Chernihiv, Donetsk, Mykolaiv und Charkiv seien durch Raketenangriffe stark in

Mitleidenschaft gezogen worden. Trotz der großen Schäden und Verluste sei es gelungen, das staatliche Gesundheitswesen weitgehend stabil zu halten, so Iarenenko. Dazu hätten über 9000 Tonnen an Hilfsgütern aus über 60 Ländern beigetragen. Die internationale Hilfe würde über das staatliche Gesundheitsministerium inzwischen zentral koordiniert, Internetportale wie MedData machten die benötigten Hilfsgüter transparent. Den vollständigen Bericht finden Sie [hier](#).

Am **13. Oktober** fand zum **elften Mal im Online-Format ein Meeting der Alumni unserer Deutsch-Russischen Baden-Badener Gespräche** statt. Gerade in diesen schwierigen Zeiten, wo fast alle deutsch-russischen Projekte eingestellt wurden und die bilaterale Zusammenarbeit massiv eingeschränkt ist, kommt dieser digitalen Austauschplattform eine besondere Bedeutung zu und erfreut sich innerhalb unseres Alumni-Netzwerks einer immer größeren Beliebtheit: Insgesamt 40 Alumni nahmen aus verschiedenen Ländern am letzten Gespräch teil, das von Michael Harms, Geschäftsführer des Ost-Ausschusses und gleichzeitig DRGGB-Alumni 2008, eröffnet wurde. Im Mittelpunkt dieses virtuellen Treffens stand ein Vortrag zu aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Russland durch den **deutschen Botschafter in Moskau Dr. Géza Andreas von Geyr**. Die Veranstaltung endete mit einem informellen Austausch der anwesenden Alumni über ihre privaten und beruflichen Herausforderungen in der aktuellen Situation.

Kommende Veranstaltungen

- **24. November 2022, Hamburg: Konferenz - Bewegte Zeiten: Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf Lieferketten und Logistik** - Rückblick und Vorschau – Anmeldung [hier](#).
- **29. November 2022, 11.00 – 12:30 Uhr: Sitzung des Länderarbeitskreises Russland** unter Leitung des Länderkreissprechers Mario Mehren, CEO Wintershall Dea AG – **NUR FÜR MITGLIEDER**
- **15. Dezember 2022 10.00 – 11.30 Uhr: 8. Ausgabe „Business for Business** - Austausch zur aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland“
- **Voraussichtlich 15. Dezember 2022, 16.00 – 17.00 Uhr - 12th Virtual Community Conversation der Alumni der Deutsch-Russischen Gespräche Baden-Baden** – **NUR FÜR ALUMNI**

Tipps & Links

Aktuelle Informationen zu Wirtschaft, Branchen, Rechtslage in Russland finden Sie auf den Seiten der GTAI – Germany Trade & Invest unter der Rubrik „[Russland](#)“

SWP-Analyse: Sebastian Hoppe: Russlands Regionen und der Krieg gegen die Ukraine
Bei der Mobilisierung von Soldaten und der Bekämpfung der wirtschaftlichen Rezession setze der Kreml auf die Loyalität regionaler Eliten, analysiert Hoppe. Unter diesem [Link](#)

finden Sie das vollständige PDF.

IW-Studie zur Zukunft Russlands: Das Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat eine Untersuchung zur Zukunft der russischen Wirtschaft veröffentlicht. Die historische Struktur der russischen Wirtschaft werde es dem Land schwer machen, sich aus eigener Kraft positiv zu entwickeln, so die Autoren. Die Probleme würden zudem von einem Braindrain und einer Deindustrialisierung verstärkt. Die Studie kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Ost-Ausschuss-Update Sanktionen: Der Ost-Ausschuss informiert etwa alle 14 Tage in einem Mail-Update regelmäßig über aktuelle Entwicklungen beim Thema Wirtschaftssanktionen mit Bezug zu den 29 Partnerländer des Ost-Ausschusses. Das Angebot richtet sich an alle bestehende und potenzielle Mitgliedsunternehmen sowie Partner des Ost-Ausschusses. Bei Interesse an einer kostenlosen Aufnahme in den Mail-Verteiler melden Sie sich bitte bei: Monique Stender, m.stender@oa-ev.de

Auf unserer Website finden Sie die bisherigen Sanktionsupdates [HIER](#).

Die **Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft** steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: Cristina Zelenac, Tel.: 030 20 61 67-121, C.Zelenac@oa-ev.de

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).



Dr. Christiane Schuchart
Regionaldirektorin Russland
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167 123
C.Schuchart@oa-ev.de



Jens Böhlmann
Leiter Kontaktstelle Mittelstand / Green Deal
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167-127
J.Boehlmann@oa-ev.de



Tatiana Pushina
Assistentin der Regionaldirektion Russland
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Tel.: +49 30 206167-128
T.Pushina@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)